Offenes Blatt
DIE LINKE. Schwerin
Juni 2012

In dieser Ausgabe:

Bundesparteitag	Seite 3
Bericht aus dem Rathaus	Seite 4
Meinungen	Seite 5
FAIRWOHNEN	Seite 6
Die wahren Arbeitslosenzahlen	Seite 8

Mindestlohn ist das Gebot der Stunde

Am 04. Juni 2012 wurden durch die Unterstützer der Volksinitiative über 20.000 Unterschriften an die Landtagsvizepräsidentin Silke Gajek übergeben. Da einige Unterschriften aus anderen Bundesländern kamen und Listen teilweise unvollständig ausgefüllt wurden, gehen die Initiatoren von etwa 16.800 gültigen Unterschriften aus. Die Landeswahlleiterin erhält nun alle Unterschriftslisten und bei mehr als 15.000 geprüften und für gültig erklärten Unterschriften muss sich der Landtag mit der Volksinitiative befassen. Auch die Linksfraktion im Landtag fordert seit langem die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und war zuletzt im Februar mit einem entsprechenden Antrag im Landtag gescheitert. „Wir werden uns im Parlament weiter dafür einsetzen und fordern die Fraktionen von SPD und CDU auf, sich mit der gebotenen Ernsthaftigkeit mit dem Thema auseinanderzusetzen“, so Helmut Holter. Bereits 20 von 27 europäischen Mitgliedsländern haben auf der Grundlage der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte einen allgemeinen Mindestlohn eingeführt. „Deutschland gehört zu der Minderheit, die diese vertragliche Verpflichtung bisher nicht umgesetzt hat.“. Es sei unerträglich, mit welcher Vehemenz sich CDU, FDP und selbst die SPD in den zurückliegenden Jahren gegen einen gesetzlichen Mindestlohn ausgesprochen haben. „Im Ergebnis grassiert deutschlandweit Armut trotz Arbeit – mit all ihren Folgen von Ausgrenzung, Krankheit, Kinder- und Familienarmut, hohen Sozialausgaben und massenhaft drohender Altersarmut.“ 10 Euro sei das Mindeste, was Frauen und Männer pro Stunde Arbeit erhalten müssen, um später nicht auf Almosen vom Staat angewiesen zu sein. „SPD und CDU bleiben mit den 8,50 Euro im Landesvergabegesetz hinter den Erfordernissen zurück und weigern sich weiterhin, sich im Bund für einen flächendeckenden Mindestlohn einzusetzen“, kritisierte Holter. Das sei nicht nur unsozial und europafeindlich. „Es schadet auch der Wirtschaft des Landes, weil dringend benötigte Fachkräfte weiter abwandern und das Land wie die Kommunen auch künftig durch hohe Sozialausgaben belastet werden.“



Die Initiatoren der Volksinitiative "Für einen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde" (v.l.n.r.) Steffen Bockhahn, Irina Rimkus (1. Sprecherin der Landesarmutskonferenz Mecklenburg-Vorpommern) und Jörg Böhm (Landesvorsitzender des Arbeitslosenverbandes Mecklenburg-Vorpommern) und übergeben die Unterschriften an die stellvertretende Landtagspräsidentin Silke Gajek.



Helmut Holter untersützt im Namen der Linksfraktion die Volksinitiative

Wort zum Monat - Parteitag der Emotionen



Von Peter Brill, Kreisvorsitzender

Lange erwartet, fand der Bundesparteitag in Göttingen am ersten Juniwochenende statt.
Während in Schwerin unsere Genossinnen und Genossen am Infostand in der Weststadt die Partei vertraten, ging es in Göttingen heiß her. Gregor Gysi als Vorsitzender der Bundestagsfraktion fand mehr als deutliche Worte. Er sezierte unsere Partei, benannte Konfliktlinien und nur zu Beginn äußerte er sich ganz kurz zu den Personaldebatten: „Und um die Zuspitzung unserer Krise zu verhindern, habe ich verschiedene Kompromisse vorgeschlagen, die auch für Dietmar Bartsch nur schwer zu verkraften waren. Sie scheiterten aber nicht an ihm."
In Bezug auf die Vereinigung von Linkspartei. PDS und WASG führte er aus: „Aber ich muss heute sagen, dass der Prozess nicht gelungen, die Vereinigung nicht erreicht ist." Deutlich benannte er die Unterschiede zwischen Ost, wo DIE LINKE eine Volkspartei ist, und West, wo die Partei eine Klientelpartei ist. Beide Seiten beargwöhnen sich und zeigen kein Verständnis füreinander. Dabei sei doch ganz klar, dass die Klientelpartei in den alten Ländern, natürlich Klientelpolitik mache. Eine Volkspartei, wie sie im Osten historisch gewachsen ist, aber nicht nur Klientelpolitik betreiben kann.
Im Zusammenhang mit der Arbeit in der Bundestagsfraktion stellte Gregor Gysi einen Zustand fest, der in unserer Partei wohl leider weit über die Bundestagsfraktion hinaus praktiziert wird. „Man wird nicht mehr von der Sache getrieben, sondern weitgehend von der Person, die eine bestimmte Meinung vertritt oder einen bestimmten Antrag stellt." Damit hat Genosse Gysi zwei Dinge klar gemacht: Erstens, kann man so in einer Partei keine sachliche Debatte führen und zum Zweiten haben wir es nicht mit einem Ost-West-Konflikt zu tun, sondern mit einem inhaltlichen Problem. Denn letztlich muss sich eine Volkspartei anders in Parlamente einbringen als eine Klientelpartei.
Gysi sprach dann, für viele schockierend, die Wahrheit aus, die viele ahnten. Er sprach vom Hass in der Bundestagsfraktion. Wenn es nicht gelänge, diesen Hass zu überwinden und zu einer gemeinsamen Arbeit zu finden „wäre es sogar besser, sich fair zu trennen..." Um sich gleich ein Stückweit zu revidieren und zu sagen: „Eigentlich haben wir kein Recht, unsere Partei zu verspielen."
Eine sehr emotionale Rede, die von Gregor Gysi wohl durchdacht war. Es war eine der seltenen Reden, bei denen er nicht frei sprach, sondern vom Zettel ablas.
Sein Appell, eine Führungsspitze zu wählen, die die Flügel zusammenführte, verhallte allerdings in der Göttinger Lokhalle.
Nach der Rede von Gregor Gysi eröffnete Oskar Lafontaine seine Rede mit den Worten: „Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mit Gregor Gysi lange Jahre gut zusammengearbeitet. Für diese Zusammenarbeit danke ich ihm. Ich möchte Euch sagen, dass ohne diese Zusammenarbeit die Wahlerfolge der letzten Jahre nicht möglich gewesen wären. Ich füge hinzu: Aufgrund dieser Wahlerfolge stimme ich einem Satz seiner Ausführungen zu: Wir haben kein Recht, diese linke Partei zu verspielen." Dies war das öffentliche Ende einer Freundschaft. 20 Minuten Rede, ein Dank für die gute Zusammenarbeit über lange Jahre und ein richtiger Satz bei Gysi. Das war schon mehr als deutlich. Im weiteren Parteitagsverlauf zeigte sich das Ende der Freundschaft auch bildlich. Vier oder fünf leere Stühle zwischen Oskar Lafontaine und Gregor Gysi machten deutlich, dass sich beide vielleicht nicht mehr viel zu sagen haben.
Ja, Gregor Gysi hat ausgeteilt in alle Richtungen. Er kritisierte die Arroganz der Westlandesverbände genauso wie die Führungsebene Ost, die damals nicht bereit gewesen sei, mit Lafontaine zusammenzuarbeiten und so Vorbehalte aufgebaut hätte.
Oskar Lafontaine, der in seiner Rede zu Recht und sehr eindrücklich die gesellschaftspolitischen Widersprüche in Deutschland und Europa geißelte, machte jedoch nicht gleichermaßen die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Verankerung in den Kommunen vor Ort deutlich. Wie wir selbst aus der Wendezeit wissen, ist die Verankerung der Partei in Vereinen, Verbänden und Kommunalparlamenten für die Partei überlebenswichtig. Ohne diesen Grundstock würde unsere Partei nicht existieren und könnte ihre Rolle als Kümmererpartei nicht wahrnehmen. Daher denke ich, dass wir ohne diese Strategie auch kaum eine Überlebenschance in den alten Bundesländern haben. Nachdenklich sollte uns alle stimmen, dass wir unmittelbar nach dem Parteitag bei einer Umfrage erstmalig seit Jahren unter die 5-%-Hürde rutschten und an den ersten beiden Tagen nach dem Parteitag fünf Austritte in Schwerin zu verzeichnen hatten.
Auf Unverständnis stieß nicht nur bei mir Oskar Lafontaines Reaktion an einer anderen Stelle. Während die Vorsitzende der Bundesschiedskommission für ihre Mitglieder erklärte, dass sie alle ihre Kandidaturen für die neu zu wählende Bundesschiedskommission zurückziehen, stand Oskar Lafontaine auf und verlies den Saal. Ich hoffe nicht, dass Oskar Lafontaine damit die Geringschätzung gegenüber den ehrenamtlich tätigen Mitgliedern der Bundesschiedskommission zum Ausdruck bringen wollte. Der Grund für den Rückzug der Kandidaturen war die Überlastung des Gremiums. Die Zahl der Schiedsverfahren sei in einem Umfang gestiegen, die die Arbeit unmöglich mache und der bisherige Verlauf des Parteitages habe deutlich gemacht, dass sich dies auch in Zukunft nicht ändern werde.
Nach der Wahl von Bernd Riexinger, kam es zu dem für mich schlimmsten Zwischenfall auf dem Parteitag. Vor der Tagungshalle musste ich hören, wie jüngere Mitglieder aus Baden-Württemberg den Wahlsieg feierten und dabei die Worte „Ihr habt den Krieg verloren!" nicht nur einmal gebrüllt wurden. Haben sie eigentlich begriffen was sie sagen, nein brüllen? Ein Krieg in der Partei und sie seien die Sieger. Ist ihnen nicht klar, dass mit diesem dumpfen Geschrei von platten Parolen die Partei verliert? Oder ging es ihnen gar nicht um die Partei und ihre soziale Idee, sondern nur um den Sieg über Dietmar Bartsch?
Tiefer können Risse in einer Partei nicht sein. In der Nacht saß ich, den Tränen nahe, mit Peter Templin an der Hotelbar. Da gab es dann auch die guten Momente. Mit Marc Mulia, den ich seit der Arbeit auf dem Vereinigungsparteitag aus der Antragskommission der WASG kenne, gab es ein langes und intensives Gespräch. Es baute mich tatsächlich etwas auf und zeigte, dass die Konfliktlinie nicht zwischen Ost und West verläuft. Engagiert in der Kommunalvertretung seiner Stadt Duisburg hatte er auch eine andere Sicht auf die Dinge, gestaltet er doch vor Ort zusammen mit der SPD aktive Kommunalpolitik insbesondere im Bildungsbereich. Eine ganz andere Debatte. Danke Marc!
Katja Kipping und Bernd Riexinger sind als neue Vorsitzende gewählt. Ich wünsche beiden für ihre Arbeit viel Erfolg. Die Aufgaben, die vor ihnen und uns liegen, sind groß. Eine Integration der Partei ist schwieriger als je zuvor, aber notwendig, um zur Sacharbeit zurückzufinden. Zum anderen muss der Bundestagswahlkampf 2013 endlich vorbereitet werden. Beides keine kleinen Brocken für die Vorsitzenden und die gesamte Partei. Wir werden in Schwerin unbedingt unseren Beitrag leisten, um diesen Prozess zu ermöglichen. Die Gefahr der Spaltung der Partei besteht auch aus meiner Sicht. Sie ist jedoch keine Gesetzmäßigkeit. Gregor Gysi hat in seiner Rede viele kluge Sätze gesagt, einer davon lautete: „Eigentlich haben wir kein Recht, unsere Partei zu verspielen." In diesem Sinne sind auch wir hier in Schwerin gefordert.

Weiter geht's!



Am 30. November 2011 habe ich erklärt, für den Vorsitz der Partei DIE LINKE kandidieren zu wollen. Sie und ihr, die Leserinnen und Leser dieser Kolumne, konnten verfolgen, mit welchen Absichten, Angeboten und Schritten ich dieses Ziel verfolgt habe. Das, denke ich, habe ich mit Konsequenz und auch Kampfgeist getan, zuletzt auf den Regionalkonferenzen der Partei und dem Bundesparteitag in Göttingen. Ich habe mit offenem Visier gekämpft. Nun hat der Souverän der Partei, haben die Delegierten des Parteitages entschieden. Die Entscheidung fiel knapp aus, sie hat mich natürlich enttäuscht, aber ich bin erhobenen Hauptes nach Hause gefahren. Bei den vielen, die mich in den letzten Monaten unterstützt haben, bedanke ich mich herzlich. Danke für Rat und Tat, für Ermutigung und auch für solidarische Kritik, die mich aus allen Teilen des Landes erreicht haben! In Göttingen hat sich DIE LINKE Chancen erhalten. Ob sie genutzt werden, hängt zuerst von uns selbst ab, von den Mitgliedern der Partei. Und natürlich von der neu gewählten Parteiführung. Mit dem Bundesparteitag wurden keine Türen dauerhaft zugeschlagen. Ob allerdings Türen geöffnet wurden, muss und wird sich zeigen. Ich stimme Gregor Gysis Zustandsbeschreibung unserer Partei und ihrer Bundestagsfraktion ohne Abstriche zu. Hoffentlich behalte ich Recht, wenn ich die Gefahr einer Spaltung trotzdem nicht sehe. Die aus meiner Sicht jetzt anzupackenden Aufgaben habe ich hier ebenso benannt wie in meiner Kandidatenrede auf dem Parteitag. Wichtig wird sein, dass wir uns mit unseren Forderungen und Vorschlägen in die Gesellschaft begeben, nicht von deren Rand aus herummotzen. Wichtig wird sein, Politik gemeinsam mit anderen zu entwickeln, statt Gewissheiten zu verkünden. Wichtig wird sein, dass die Parteimitgliedschaft in der LINKEN das Sagen hat, dass ehrenamtliche Arbeit hoch gehalten und kommunales Wirken nie und nirgends geringgeschätzt wird.
In Göttingen wurden Gemeinsamkeiten ebenso deutlich wie unterschiedliche strategische Ansätze. Über Letzteres kann und muss auch weiter gestritten werden. Das wird DIE LINKE nicht zerreißen. Substanz ist genug da. Ob wir allerdings eine entsprechende Kultur entwickeln können, halte ich für offen. Da hat mich die erste Tagung des 3. Parteitages nicht eben optimistisch gestimmt.
Jeder und jeder, der und dem DIE LINKE und ihr Erfolg am Herzen liegen, sollte der neuen Parteiführung uneingeschränkt eine glückliche Hand wünschen. Ich tue es. Als Mitglied im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, als Parteitagsdelegierter und stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE bringe ich mich weiter ein. Das werde ich mit Vorschlägen, mit Engagement und immer auch mit eigener Meinung tun. Der Anbiederung der SPD werde ich nicht erliegen. Mich werden auch einige Leute mit oder ohne unser Parteibuch nicht aus der LINKEN treiben, die das jüngst wieder nach Kräften versucht haben.

Impressionen vom Bundesparteitag



Delegiertenberatung



Die Delegation aus MV



Gregor Gysi während seiner Rede



Steffen Bockhahn im Interview



Die neuen Vorstizenden Katja Kipping und Bernd Riexinger

Bericht aus dem Rathaus

Haushalt 2012 wurde verabschiedet
Viel heiße Luft und wenig neue Erkenntnisse bestimmten die Debatte

Alles neu macht der Mai? Mitnichten. Die Diskussion um den ersten Haushalt nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung brachte keine neuen Erkenntnisse. Die Stadtvertreter stehen dem strukturellen Defizit der Landeshauptstadt mit einer gewissen Hilflosigkeit gegenüber. Die Landespolitik hatte im Zuge der Kreisgebietsreform entschieden, Schwerin kreisfrei zu belassen. Was fehlt, ist der finanzielle Beipackzettel. Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass trotz 251 Millionen Euro Einsparungen in den letzten 10 Jahren, der Privatisierung des Klinikums und der Teilprivatisierung der SAS nach wie vor kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden kann. Der Landesrechnungshof errechnete in den vergangenen Jahren, dass Schwerin für die aktuell vorgehaltene Infrastruktur ca. 125.000 Einwohner benötigen würde, um einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Bekanntermaßen hat die Stadt aktuell 95.000 Einwohner. Der Ausweg? – Möglichweise besteht er darin, den Landeshauptstadtvertrag neu zu verhandeln. Das weiß auch die sich immer weiter verfestigende „große Koalition“ aus SPD/Grünen und CDU/FDP. Und so versucht sie es mit härteren Angriffen auf die OB. Das Niveau wird immer unterirdischer. SPD-Finanzausschussvorsitzende Pelzer sprach Angelika Gramkow in der Debatte mit Frau Papandreou an, CDU-Fraktionschef Ehlers forderte sie dazu auf, sich vom vermeintlichen „Sonnendeck in die Maschinenräume“ zu begeben. Und der zuständige SPD-Finanzdezernent Niesen? Er glänzt bei der wichtigsten Debatte des Jahres durch Abwesenheit und macht lieber Urlaub in den USA.

Fraktionschef Böttger „Wir stützen die erfolgreiche Oberbürgermeisterin!“

In seiner Haushaltsrede entarnte Fraktionschef Gerd Böttger das durchsichtige Manöver der konkurrierenden Fraktionen. „Ihnen geht es offenbar nur noch darum, eine erfolgreiche linke OB zu beschädigen. Wenn Sie Angelika Gramkow zu oft beim Durchschneiden von Bändern sehen, wenn sie ihre Bürgernähe kritisieren, ihr daher die Stelle der für das Beschwerdemanagement zuständigen Kollegin streichen wollen, wenn sie ihre Erfolge, wie die erfolgreiche Nestle-Ansiedlung verschweigen, dann ist das durchsichtig und zudem reichlich dünn für eine Haushaltsdebatte!“ Aus Sicht der Linksfraktion ist ein beschlossener Haushalt besser als gar keiner. Er macht den Weg frei für wichtige Investitionsvorhaben, z.B. an der Grundschule Lankow oder dem Goethegymnasium. Weiterhin können die mit dem Strategiepapier zur Jugendarbeit in Schwerin beschlossenen Tariferhöhungen jetzt endlich umgesetzt werden. Auch die dringend benötigten Stellen beim Kinderschutzbund auf dem Dreesch und bei der Caritas in Krebsförden werden durch den Haushaltsbeschluss abgesichert. Kritik übte der Linksfraktionschef an der Streichung von mehr als 300.000 EUR für die Instandhaltung des Radwegenetzes im Stadtgebiet. Dies sei für eine Stadt wie Schwerin, in der viele Einwohner und Touristen auf eine funktionierende Radinfrastruktur angewiesen sind, der falsche Weg.

Gebäudeteile der Stadtbibliothek gesperrt

Nachdem noch in der letzten Sitzung der Stadtvertretung harsche Kritik an der OB geübt wurde, die sich aus Verantwortung für die Nutzer und die Beschäftigten nach 15 Jahren gemeinsam mit der Leiterin der Stadtbibliothek um einen neuen Standort und ein neues Konzept bemüht hatte, müsste die „große Koalition“ nun eigentlich betroffen schweigen. Angeblich waren ja die Statikprobleme nicht so schlimm, ein Umzug daher entbehrlich und eine Bibliothek im Internetzeitalter sowieso überflüssig. Nun also die Kündigung der betroffenen Räumlichkeiten und die Räumung des Hinterhauses! Hier sieht man ein weiteres Mal, dass es sich auf Dauer nicht auszahlt, krampfhaft nach Angriffspunkten in der Verwaltungsspitze zu suchen. Stattdessen sollte endlich verantwortungsvoll Politik für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt gemacht werden. Die Kinder- und Jugendbibliothek wird in den Perzina-Saal umziehen, die Zweigstellen werden Teilaufgaben übernehmen und die Veranstaltungen der Bibliothek im Schleswig-Holstein-Haus stattfinden. Die Diskussion um Alternativen beginnt also demnächst von neuem.

Der Haushalt in Zahlen

238 Mio. EUR Einnahmen stehen 270 Mio. EUR Ausgaben gegenüber. Die Differenz erscheint deshalb höher als in den Vorjahren, weil nach der doppelten Buchführung auch Abschreibungen und Werteverluste in Höhe von 13,5 Mio. EUR erfasst werden. Die größten Einnahmeposten bilden 25 Mio. EUR aus Gewerbesteuern, 21,7 Mio. aus Einkommenssteuern und 13,2 Mio. EUR aus Grundsteuern. Die größten Ausgaben sind im Bereich Sozial- und Jugendhilfe mit 122 Mio. EUR zu verzeichnen.

Heiße Diskussionen um Radwege im Stadtgebiet

Schwierig sind die aktuellen Diskussionen um die Radwege in der Stadt. Aktuell betrifft dies die Straße durch Neumühle und den Obotritenring. Zur Klarstellung, die Novelle zur StVO sieht vor, dass Radfahrer bei Tempo 30 bis spätestens 2015 generell auf der Straße zu fahren haben. Dies wird dazu führen, dass Schutzstreifen aufgetragen werden. Alle Statistiken weisen aus, dass Radfahrer auf der Straße besser vom Autofahrer gesehen werden und das Unfallrisiko daher geringer ausfällt. Dies gilt in besonderem Maße an Einmündungen oder Grundstückszufahrten. Für den Obotritenring wurde vereinbart, zunächst rechts einen breiteren Fahrstreifen zu markieren, auf dem auch Fahrradfahrer fahren können. Die Vierspurigkeit bleibt gesichert.

Personaldiskussion nimmt kein Ende – Widersprüche in der „großen Koalition“

Durchgewunken wurde der Antrag zu den Stellenbesetzungen im Jobcenter. Unter dem Deckmantel von Überlastungsanzeigen einzelner Mitarbeiter wurde ein neuerliches Sparpaket geschnürt. Statt auf Gesundheitsprävention zu setzen und entsprechende Angebote zu prüfen, versetzt man lieber 8 Mitarbeiter vom Stadthaus zurück ins Jobcenter und bekommt für jeden Einzelnen 85% der Personalkosten vom Bund erstattet. Dass es in der Kernverwaltung ebenso große Probleme gibt, wird ignoriert. Fraktionsvize und Gewerkschafter Henning Foerster nannte die Fakten: 2010 negativer Spitzenplatz in der Personalausstattung, auf 1000 Einwohner 10,7 Beschäftigte in der Verwaltung (vgl. Bundesschnitt 16,1 Mitarbeiter), 2011 ältestes Personal mit durchschnittlich 47,2 Jahren (vgl. Bundesschnitt 44,3 Jahre), altersbedingtes Ausscheiden von 33% der heutigen Belegschaft bis 2020 (vgl. Bundesschnitt 22,8%) und ständig steigende Krankenquoten in den letzten Jahren - 2010 bei 8,29%, 2011 bei 8,67%, 2012 erstes Quartal 9,83%. Keine Nachbesetzungen mehr vorzunehmen, heißt, diese Probleme zu verschärfen. Die Verunsicherung bei den Mitarbeitern sei entsprechend groß.

Bericht aus dem Rathaus

Skulpturumsetzung in Lankow und Gründung einer Gesellschaft für regenerative Energien beschlossen

Der Ortsbeirat Lankow hatte beantragt, die Figur der Schwimmerin rechtzeitig vor dem Abriss der Schwimmhalle vorzugsweise an das Nordufer des Lankower Sees umzusetzen. Dem Wunsch wurde entsprochen. Im Zeichen der Energiewende stand der Beschluss zur Gründung einer Tochtergesellschaft der Stadtwerke für regenerative Energieprojekte. Die GES GmbH wird künftig Photovoltaikanlagen errichten und betreiben. Auf diesem Wege sollen die Stadtwerke Schwerin als umweltbewusster Energiepartner „vor Ort“ gestärkt werden und auch für die BürgerInnen Schwerins soll eine Möglichkeit geschaffen werden, sich über einen Bürgerfonds an der Finanzierung derartiger Projekte zu beteiligen.

Ein Wort in eigener Sache

Unsere Heimatzeitung zeichnete ein merkwürdiges Bild von der letzten Sitzung. Da wurde der Fraktionsvize zum machtgeilen und kritiklosen Gramkow-Befürworter abgestempelt und der Fraktionschef als „alter Fuchs“, der keine Lust mehr hat, eingeschätzt. Beides entspricht nicht ansatzweise der Realität, zeigt aber deutlich, wohin die Reise geht, je näher die nächsten Wahlen rücken. Dass unsere Fraktion die Verwaltungsspitze durchaus kritisch, aber konstruktiv und prinzipiell solidarisch begleitet, versteht sich eigentlich genauso von selbst, wie die Tatsache, dass Fraktionschef und Fraktionsvize vertrauensvoll zusammenarbeiten. Insofern darf man nicht alles für bare Münze nehmen, was der Phantasie einzelner Berichterstatter entspricht.

Auf den Gebrauchswert kommt es an

Unterschiedliche Auffassungen, den streitbaren Meinungsaustausch über verschiedene Lösungsansätze von Problemen, offene Fragen und das demokratische Ringen um Mehrheiten will, konnte und kann ich aushalten. Respekt- und Kulturlosigkeit im Umgang miteinander, Denunziation und Unterstellung, Verleumdung und Angriffe unter die Gürtellinie will und werde ich nicht aushalten oder tolerieren. Der Göttinger Parteitag hat offengelegt, wo die Kraft und die Probleme unserer Partei Die LINKE liegen. Unsere Kraft liegt in unserer linken Programmatik und in unseren gesellschaftsverändernden Zielen. Das Erfurter Programm 2011 wurde mit überwältigender Mehrheit verabschiedet und in der Urabstimmung durch die Mitglieder bestätigt. Das ist wahrlich eine gute Basis Politik zu machen.Unsere Probleme liegen in den Unterschieden unserer Geschichte, unserer Herkunft, unserer Erfahrungen (einschließlich der gezogenen bzw. ausgebliebenen Schlussfolgerungen) und der Bedingungen für die politische Arbeit. Und nicht zuletzt in unseren Ansprüchen an unsere politische Arbeit.Im Osten sind wir eine Volkspartei mit einer starken Verankerung in den Kommunen, in den Verbänden und Vereinen, in der Gesellschaft insgesamt. Wir sind Korrektiv, Alternative und gestaltende Kraft. Im Westen sind wir eine Interessenpartei. Wir müssen mehrere Herausforderungen gleichzeitig anpakken: Parteiaufbau, kommunalpolitische Kompetenz erwerben, gesellschaftliche Akzeptanz entwickeln und über die Vertretung von Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen politischen Druck (mit-)organisieren. Können wir diese Unterschiede akzeptieren und produktiv machen? Ich bin überzeugt: Ja. Die neuen Vorsitzenden müssen die Partei in ihrer Vielfalt und in ihrer Widersprüchlichkeit annehmen und führen, und auch wir Mitglieder müssen unsere Vorsitzenden annehmen und ihnen ohne Vorurteile begegnen. Finden wir die Kraft zum Dialog. Stellen wir Fragen, erwarten wir nicht immer fertige Antworten. Sehen wir in unserer Genossin und unserem Genossen Gleichgesinnte, die wir ja sind. Lassen wir nicht zu, dass sich die Menschen von uns abwenden. Lasst uns schnell gemeinsam anpacken und uns mit ganzer Kraft wieder den Menschen und ihren Problemen zuwenden. Drohende Rezession, europäische Schuldenbremse, schreiende soziale Ungerechtigkeiten, Demokratieverlust u.a.m. erfordern eine starke linke Partei, die einen erkennbaren und glaubwürdigen Gebrauchswert für die Menschen hat. Darauf und nur darauf kommt es an.

Helmut Holter

"Das Elend der Philosophie"

nannte Marx nicht zufällig seine Schrift, in der er sich mit den philosophischen und wissenschaftlichen Unzulänglichkeiten des Sozialisten Proudhon auseinandersetzte. Und die ging mir durch den Kopf als ich Peter Brills Auslassungen zu meinem letzten Leserbrief las. Aber zunächst. Nach der Rückwende machte ich aus existenzieller Not eine Umschulung zum Suchtberater. Dort forderte der wissenschaftliche Leiter der Ausbildungsstätte, ein Hamburger, die "Hochkarätigen" auf, - so wurden die Umschüler wie die Professorin für Philosophie, der Dipl. - Philosoph, der Kapitän usw. genannt - von der marxistischen Widerspiegelungstheorie mit ihrer objektiven Wahrheit abzulassen. Sie sei ein Hemmnis für die Ausbildung, "denn jeder trägt die Wahrheit in sich". Das war natürlich philosophisch subjektiver Idealismus pur. Erstaunt war ich dann allerdings als später H. Holter in der Auseinandersetzung um die Vereinigung von KPD und SPD sich mit der Auffassung retten wollte: Bei wichtigen historischen Ereignissen gäbe es nicht nur eine, sondern mehrere Wahrheiten. Er hatte also auch die marxistische Erkenntnistheorie über Bord geworfen. Und in dieser Zeit wendeten sich vor allem führende GenossInnen von der marxistischen zu welcher Weltanschauung , Philosophie und Ideologie?
Bei vielen wurde es zum "öffentlichen Geheimnis". Doch schnell konnte ihre Befangenheit im Zeitgeist, der immer der Geist der Herrschenden ist, bemerkt werden. Letztendes ist das bürgerliche Weltanschauung, bürgerliche Idelogie. Daraus ergibt sich die Frage, kann ich auf ihrer Grundlage überhaupt eine erfolgreiche sozialistische Politik gestalten? Zumal uns F. Engels mahnte: Der Sozialismus ist eine Wissenschaft und muss als solche behandelt werden. Also keine Utopie. Aber der Pragmatismus ist eine bürgerliche Anschauung für das Wirken in der Welt. Sie wird von den bürgerliche Medien auch bei D. Bartsch - ohne Gegenwehr - zum Markenzeichen gemacht. Und seine Abkehr von Marx konnte ich im persönlichen Disput mit ihm mehrfach öffentlich erleben. Dabei lieber Peter Brill ging es respektvoll, aber hart zur Sache. Das Verhältnis von Dietmar und mir ist durchaus von Freundlichkeit und Humor getragen. Also bitte, keine Andeutungen von Unterstellungen.
Und nun zu einem mit dieser Problematik zusammenhängenden Zitat von unserem Kreisvorsitzenden:" Wahrheit ist nach meiner Überzeugung sehr subjektiv, an ein individuelles Schicksal gekoppelt". Gewiß ist es ein individuelles Schicksal, wenn ich z. B. in eine Jauchegrube springe und meine, dass ich mich so richtig in einem Swimmingpool ausleben könnte. Da ist mir einfach in der Beziehung zwischen Bewußtsein und Objekt ein Irrtum unterlaufen. Ich habe das Objekt falsch widergespiegelt. Deshalb ist nach Marx die Praxis das Kriterium der Wahrheit und wir stellen fest, ob unser Denken diesseitig, das Objekt richtig widerspiegelt, objektiv wahr ist. Über den relativen Charakter der Wahrheit wird es wohl kaum Meinungsverschiedenheiten geben.Da aber der Pragmatismus die Wahrheit auf die momentane Nützlichkeit reduziert, sind der Beliebigkeit Tür und Tor geöffnet. Wir können in unserer Partei ein Lied davon singen. Der Zusammenhang von Theorie und Politik sollte nicht unterschätzt werden.
Wie sagte noch Lenin: Ohne revolutionäre Theorie, keine revolutionäre Praxis! **K. Schefsky**

DIE LINKE. MV bildet Landespool zur Mitgliedschaft bei der Treuhandliegenschaftsgenossenschaft FAIRWOHNEN iG.

Mitgliedschaft für Einzelne jetzt schon ab 5 Euro möglich – Jede und Jeder kann mitmachen

Viele einzelne Mitglieder, Basisorganisationen und auch Kreisverbände der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern, die es sich nicht allein leisten können der TLG FAIRWOHNEN iG. beizutreten, haben sich in den letzen Tagen und Wochen an uns gewandt. Da sie das Vorhaben aber unbedingt unterstützen wollen, haben wir jetzt eine Möglichkeit geschaffen, sich auch mit kleineren Beträgen an der Genossenschaft iG. zu beteiligen:Der Landesverband der Partei DIE LINKE. M-V wird mit einem Landespool Mitglied der Genossenschaft, stellvertretend für alle, die sich mit 5, 10, 50 oder wie viel Euro auch immer beteiligen wollen. Im Grunde genommen heißt es nichts anderes, als dass sich eine kleine Genossenschaft in der LINKEN Mecklenburg-Vorpommern an der großen Genossenschaft FAIRWOHNEN iG. beteiligt.

Auf dem Konto der LINKEN M-V bei der VR-Bank Schwerin, Kontonummer 200411000, BLZ 14091464, können ab sofort die Anteile (mindestens 5 Euro) mit dem Namen des Einzahlers und ZWINGEND dem angegebenen Verwendungszweck „FAIRWOHNEN“ eingezahlt werden.

Die einmalige Eintrittsgebühr von 105,00 Euro für den gesamten Landespool wird der Landesverband beisteuern. Für den Fall, dass die TLG FAIRWOHNEN iG. den Zuschlag für die 11.500 Wohnungen nicht bekommt, wird die Genossenschaft liquidiert und die nicht verbrauchten eingezahlten Anteile werden wieder an die Einzahler ausgezahlt.
Die bis 31.07.2012 eingegangenen Gelder werden als erster gemeinsamer Beitrag des Landesverbandes für die Mitgliedschaft bei der TLG FAIRWOHNEN iG. eingezahlt. Der Landespool wird auch danach weiter laufen.
Lasst uns mit dem Projekt „FAIRWOHNEN“ das Zeichen setzen, dass in der LINKEN Solidarität lebt und der Mut, neue - ungewöhnliche - Wege zu gehen!

!!! Herzliche Glückwünsche !!!

Die allerherzlichsten Glückwünsche zu seinem 82. Geburtstag erhält Genosse Horst Brill von den Genossinnen und Genossen seiner Basisorganisation, verbunden mit den besten Wünschen für Gesundheit und Wohlergehen.
Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 330 auf dem Großen Dreesch gratulieren ganz herzlich am 05.06. Genossin Ruth Befeld zum 83., Genossin Elke Höppner am 19.06. zum 70. und am 27.06. Genossin Ingeborg Blank zum 90.Geburtstag.Dazu die besten Wünsche.
Ihren 84. Geburtstag feiert am 04.06. Genossin Elisabeth Lösel, am 20.06. Genosse Franz Rüdiger seinen 79. Geburtstag und am 26.06. Genossin Ina Latendorf ihren 41. Geburtstag.Genosse Alfred Heinze begeht am 03.07. seinen 76. Geburtstag. Dazu die allerherzlichsten Glückwünsche verbunden mit den besten Wünschen für eine stabile Gesundheit.
Die BO 605 gratuliert nachträglich dem Genossen Rudi Baumann zum 84. Geburtstag.
Am 02.06. begeht der Genosse Kurt Wadepfuhl seinen 87. Geburtstag.
Auch er erhält von seiner Basisorganisation 605 die besten Wünsche,
genauso wie der Genosse Jan Templin zu seinem 32. und der Genosse Michael Strähnz zu seinem 52.Geburtstag.
Von der Stadtteilorganisation Krebsförden erhält Genosse Henning Foerster Glückwünsche zu seinem Geburtstag, den er am 15. Juni begeht.
Weiterhin gratuliert die Stadtteilorganisation am 30. Juni Genossen Klaus Marksteiner zu seinem 70. Geburtstag.
Der Kreisvorstand schließt sich gerne den Wünschen an alle Jubilare an und bedankt sich für die Treue zu unserer Partei in stürmischen Zeiten.

Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 207
und der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE trauern um ihre

Genossin Friedel Buschhusen,

die im Monat April verstarb.
Wir werden sie in guter Erinnerung behalten.
Den Hinterbliebenen wünschen wir viel Kraft.

Ablehnung der Volksinitiative zu Theatern und Orchestern ist skandalös

Die mehrheitliche Ablehnung im Bildungsausschuss der Volksinitiative zum Erhalt der Theater und Orchester im Land, die von mehr als 50 000 Bürgerinnen und Bürgern mit ihrer Unterschrift getragen wird, ist empörend. Daran ändert auch die Aussage in einer lapidaren Entschließung der Koalitionsfraktionen nichts, man bekenne sich zu dem Ziel, die Theater- und Orchesterlandschaft in MV auf hohem Niveau zu sichern. Dagegen spricht schon allein die Tatsache, dass für dieses Ziel im Haushalt keine Vorsorge getroffen wurde.

Es ist ein Skandal, wie die Regierungskoalitionen mit dem Anliegen der Bürgerinitiative und der demokratischen Willensbildung umgehen. Die Große Koalition ignoriert damit auch fortgesetzt den dringenden Handlungsbedarf für den Erhalt der Theater und Orchester. Diese haben bereits große Einsparungen erbracht, sie sind am Ende der Fahnenstange. Sie brauchen dringend Unterstützung, sonst werden große Löcher in das kulturelle Netz gerissen.

Die CDU hat nicht nur gemeinsam mit der SPD die Volksinitiative in den Skat gedrückt, sondern ist darüber hinaus von ihrer immer wieder erhobenen Forderung abgerückt, dass die Landesregierung möglichst rasch, noch vor der Sommerpause vorlegen soll. Dies soll laut Entschließung jetzt erst bis zum Ablauf dieses Jahres geschehen.

Aus linker Sicht ist es pure Heuchelei von SPD und CDU, wenn sie die Bürgerinnen und Bürger auffordern, sich aktiv einzubringen, um sich dann nicht auch nur im Ansatz ernsthaft mit dem Anliegen zu beschäftigen. Verliererinnen und Verlierer sind die Bürgerinnen und Bürger, die Kulturschaffenden und nicht zuletzt das gesamte demokratische Gemeinwesen im Land.

Möglichkeit einer Auffanggesellschaft für Schlecker-Beschäftigte prüfen

Nach Ansicht des arbeitsmarkt- und gewerkschaftspolitischen Sprechers der Linksfraktion, Henning Foerster, darf sich die Unterstützung des Landes und der Bundesagentur für Arbeit (BA) für die Schlecker-Beschäftigten nicht auf die Durchführung von Job-Börsen und Bewerbungstraining beschränken. Dies wurde nach der Information über die aktuelle Situation bei der Schlecker-Insolvenz deutlich. Wenn erst 27 der bisher gekündigten 199 Schlekker-Beschäftigten wieder in Arbeit vermittelt werden konnten und das Verhältnis arbeitsuchender Verkäuferinnen und Verkäufer zu unbesetzten Stellen in MV 10 000 zu 700 beträgt, dann müssen Landesregierung und BA mehr tun, als über freie Stellen zu informieren. Die Linksfraktion hat die Landesregierung deshalb aufgefordert, in den stattfindenden Gesprächen mit dem Schlecker-Unternehmen und der Einzelhandelsgewerkschaft ver.di auch die Nutzung des Europäischen Globalisierungsfonds, EGF, sowie die Bildung einer Auffanggesellschaft im Land zu prüfen. Nachdem maßgeblich wegen der FDP-Blockade eine bundesweite Transfergesellschaft nicht zustande kam und nun durch die Insolvenz allein in MV weitere 500 bis 550 Arbeitsplätze verloren zu gehen drohen, sind regionale Antworten notwendig. Im Gegensatz zur bisher erwogenen Transfergesellschaft können mit einer Auffanggesellschaft die bestehenden Filialen im Land weiter betrieben werden.

Cuba Sí kauft vier Traktoren für seine Milchprojekte

Seit über 20 Jahren hilft die AG Cuba Sí in der Partei DIE LINKE dem sozialistischen Kuba bei der Entwicklung einer nachhaltigen landwirtschaftlichen Produktion. Elf Projekte konnten in all den Jahren schon erfolgreich abgeschlossen werden; vier landwirtschaftliche Projekte in den Provinzen Pinar del Río, Mayabeque, Sancti Spíritus und Guantánamo betreut Cuba Sí derzeit. Für diese Projekte wird Cuba Sí jeweils einen neuen Traktor der Marke Belarus im Gesamtwert von 85 000 Euro kaufen. Diese Erweiterung des Fuhrparks ist notwendig für die Rückgewinnung landwirtschaftlicher Nutzflächen und deren Wiederbewirtschaftung. Belarus-Traktoren sind robust und verlässlich, und unsere kubanischen Partner sind mit dieser Technik bestens vertraut. Ersatzteile können in Kuba gekauft werden - sie unterliegen nicht den Blockadegesetzen der USA. Die Traktoren werden jeweils mit einem Scheibenpflug und einem Motorreparaturset geliefert.

Die AG Cuba Sí finanziert ihre Solidaritätsarbeit ausschließlich durch Spenden. Und so bitten wir alle Freunde Kubas, auch dieses neue Vorhaben tatkräftig zu unterstützen. Bitte spenden Sie für die Traktoren! Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí, Konto-Nr: 13222210, Berliner Sparkasse, BLZ: 10050000, VWZ (Bitte immer angeben!): Milch für Kubas Kinder (auch mit Dauerauftrag, Spendenbescheinigung auf Wunsch).

Ungerecht: Kein Betreuungsgeld für Kinder aus Hartz-IV-Familien?

Das Bundesfamilienministerium hat den Gesetzesentwurf für das umstrittene Betreuungsgeld vorgelegt. Zwar soll Hartz IV-Empfänger_innen Betreuungsgeld ausgezahlt werden, jedoch wird der Betrag in voller Höhe vom Arbeitslosengeld II abgezogen. Hartz IV sei lediglich eine Mindestsicherung, begründet die Bundesregierung diese Entscheidung. Wenn sich das Einkommen erhöhe, müsse die Hartz-Leistung entsprechend sinken, sonst käme es zu einer nicht gewollten Addition von Hilfen. „Die Regierung demütigt alle Menschen die auf Hartz-IV angewiesen sind und diskriminiert ihre Kinder von Geburt an. Ich frage mich, wem die Koalitionsparteien eigentlich helfen wollen und welches Menschenbild hier zu Tage tritt. Diese Regierung verweigert ALG-II-Empfängern mal wieder das Recht auf freie Entscheidung, welches sie allen anderen gewährt. Wieder einmal werden Kinder von Hartz-IV-Empfängerinnen benachteiligt. Am besten wäre es, das Betreuungsgeld ganz zu vergessen und stattdessen an der Senkung der Elternbeiträge zu arbeiten. Was wirklich hilft, sind niedrige Elternbeiträge oder beitragsfreie Kinderbetreuung! In Mecklenburg-Vorpommern werden jedes Jahr mehr als 13 000 Kinder geboren. Da in M-V jedes vierte Kind in einer Familie lebt, die auf Hartz-IV angewiesen ist, wären auch bei uns dementsprechend viele Kinder betroffen.“ **Steffen Bockhahn**

Impressum

"Offenes Blatt" wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.

Anschrift der Redaktion: Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin, Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de, Internet: www.die-linke-schwerin.de

Das Erscheinungsdatum des nächsten "Offenen Blatt" wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.

Am Infostand in der Weststadt sammelten der stellv. Kreisvorsitzende Jan Henning, der stellv. Oberbürgermeister Wolfram Friedersdorff und der stellv. Fraktionsvorsitzende und Landtagsabgeordnete Henning Foerster die letzten Unterschriften für die Volksinitiative 10 • Mindestlohn.



Mal auf dem Platz eines Abgeordneten sitzen? Bis in die Niklothalle steigen und aus der Perspektive des Slavenfürsten auf Schwerin schauen? Kurzum – das Schweriner Schloss erkunden und normalerweise nicht öffentlich zugängliche Bereiche im „schönsten Landtagssitz Deutschlands" entdecken? Wer dazu Lust hat, sollte sich den 10. Juni 2012 von 10-17 Uhr fest im Kalender ankreuzen.

Über 130 Tausend Arbeitslose in Mecklenburg-Vorpommern

Schlechte Meldungen kann auch die Landesregierung nicht gebrauchen. Deshalb bleibt sie dabei, die Arbeitslosenzahlen schön zu rechnen. Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen, werden bereits seit längerem nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen nicht in der offiziellen Statistik. Im Mai 2009 kam eine weitere Ausnahme hinzu: Wenn private Arbeitsvermittler tätig werden, zählt der von ihnen betreute Arbeitslose nicht mehr als arbeitslos, obwohl er keine Arbeit hat. Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen. Dazu sagte der damalige Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) am 4. Juni 2009 in der Fernsehsendung Panorama: „Alles, was an Effekten durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen entsteht, wird jedes Mal zusammen mit der Arbeitsmarktstatistik veröffentlicht. ... Ich glaube, dass man sich auf die Seriosität dieses Prozesses verlassen kann." Wer anders rechnen wolle, könne ja „seine Zahl veröffentlichen - und dazu ein Flugblatt drucken." Das tun wir gern. Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruht. Im Mai 2012 sind immer noch mehr als 130 Tausend Menschen im Bundesland Mecklenburg Vorpommern arbeitslos.

Tatsächliche Arbeitslosigkeit im März 2012	**130.588**
Offizielle Arbeitslosigkeit	**99.279**
Nicht gezählte Arbeitslose	**31.309**
Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II	**8.836**
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten)	**6.599**
Fremdförderung	**1.644**
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	**1.646**
Berufliche Weiterbildung	**5.657**
Aktivierung und berufliche Eingliederung (z. B. Vermittlung durch Dritte)	**4.199**
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose)	**237**
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	
Kranke Arbeitslose	**2.491**

Quellen: Bundesagentur für Arbeit: Statistik nach Regionen. Bund, Länder, Kreise. Mecklenburg-Vorpommern, Mai 2012, Seite 9. Die dort aufgeführte Altersteilzeit sowie Gründungszuschüsse und sonstige geförderte Selbstständigkeit haben wir in der Tabelle nicht berücksichtigt.

Die dort ebenfalls aufgeführten Vorruhestandsähnlichen Regelungen, die aufgrund verschiedener rechtlicher Grundlagen (§§ 428 SGB III, 65 Abs. 4 SGB II, 53a Abs. 2 SGB II u.a.) nicht als arbeitslos zählen, sind enthalten in der Gruppe Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I oder ALG